

Sachleistungen für Bosnier?

Hannover: Nigeria: Kirchenasyl

Rassismus und kulturelle Differenz

Kurdistan: Mystifizierungen eines Befreiungskampfes

Zwangsvorführung wg Paßbeschaffung

Serbien: Neues Staatsbürgerschaftsrecht

„Rückführung“: Bosnien und Rest-Jugoslawien

Flughäfen sind „Zonen des Elends“

... auch in Niedersachsen werden Flüchtlinge gefesselt und verschnürt

Europa der Migrationen

Bleiberecht in Gefahr: Furchtbare Beamte

Flüchtlingsrat



Niedersachsen

Lessingstraße 1

31135 Hildesheim

Tel.: 05121/15605

Fax: 05121/31609

Impressum

Titel: FLÜCHTLINGSRAT NIEDERSACHSEN
Ausgabe: Ausgabe 4 + 5 / 96 – Heft 36/37 – September 1996
Preis: im Mitgliedsbeitrag enthalten
Herausgeber: Förderverein Niedersächsischer Flüchtlingsrat e.V.
Lessingstraße 1, 31135 Hildesheim
Verantwortlich: Matthias Lange, Kai Weber (ViSdP)
Verlag: Selbstverlag
Manuskripte: Wir freuen uns über Manuskripte und Zuschriften. Wenn möglich, sollen Manuskripte auf Diskette mit einem Ausdruck geliefert werden. Wir arbeiten mit WORD 6.0 für WINDOWS 3.1



Inhaltsverzeichnis

zur Diskussion gestellt:

Flüchtlingspolitik als tragische Wahlhandlung (Dita Vogel)	5
Zur Situation irregulärer polnischer ZuwanderInnen in Berlin (Norbert Cyrus)	11
Freiheit und Menschenwürde im Europa der Migrationen (Wolfgang Ullmann)	16
Die Politpalaverschickeria (Eberhard Seidel-Pielen)	20
Vater türkisch, die Tochter deutsch (Markus Franz)	21
Das gute Volk im wilden Kurdistan (Udo Wolter)	22
Rassismus und kulturelle Differenz (Karin Priester)	24

Rassismus

Lübeck: Im Zweifel für den Ankläger (Elke Spanner)	29
Lübeck: Erklärung der Internationalen Unabhängigen Kommission (IUK)	30
Vermummte Polizisten stülpten Kurden bei Festnahme Säcke über (Eckart Spoo)	32

Türkei/Kurdistan

Inhaftierte Parteiführung in der Türkei wittert Komplott (Eckart Spoo)	33
Abgeschobene erwartet ein gefährliches Folterpotential (Türkischer Menschenrechtsverein IHD)	35
Abgeschobene Kurden bitten erneut um Asyl (Dieter Balle)	37

Hannover: Kirchenasyl / Nigeria

Ganz schön perplex (Toralf Staud)	38
Nigeria: Größter Ölproduzent Afrikas	38
Die meisten Staaten verniedlichen die Krise in Nigeria (Hans-Anton Papendieck)	39
Das Regime verletzt die Menschenrechte (Hans-Anton Papendieck)	39
Dokumentation: Schreiben von Helmut Lippelt an Herrn Kinkel	40
Unterstützung für nigerianische Flüchtlinge dringend erforderlich (Afrika-Initiative Hannover)	41

Sri Lanka: Abschiebungen drohen

Sri Lanka: Juli 1996, Kurzmitteilung (Frank Winkler)	44
Schreiben des MI an RA Neuhoff	44
Sachverständigengutachten für das VG Gelsenkirchen (Walter Keller-Kirchhoff)	45
Verbände fordern für Tamilen Abschiebestopp	46

Bleiberechtsregelungen

Bleiberecht in Gefahr? (Kai Weber)	47
Furchtbare Beamte (Kai Weber)	48
Läuft die Härtefallregelung ins Leere?	49

Heirat / Paßbeschaffung

Briefwechsel des Flüchtlingsrats mit dem MI: Heirat während des laufenden Asylverfahrens	51
Zwangsvorführung rechtswidrig? (Kai Weber)	54
Paßbeschaffung: Vietnam: Datenschutzbeauftragter kritisiert Innenministerium	56
Botschaften mit Daten gefüttert: BGS informiert während laufender Verfahren	57
Erlaß des MI: Aufenthaltsbeendende Maßnahmen bei bevorstehender Eheschließung	76

Schiebung und Abschiebung

Abschiebung von in Deutschland geborenen und aufgewachsenen Jugendlichen	52
Der Besuch in Deutschland endete in der Haftzelle (Eckart Spoo)	53
Vietnam: „Kontaktmann“ des BKA in Hanoi	58
Vietnam: Protest in Salzgitter	58
Algerien: Abschiebungsabkommen steht kurz vor dem Abschluß (Auswärtiges Amt)	58
Algerien: Abschiebung trotz ärztlich attestierter Folter? (PRO ASYL)	59
Afghanistan: Abschiebungen sind noch immer unverantwortlich (ai)	62
Afghanistan: Briefwechsel von ai mit dem rheinland-pfälzischen Innenminister Walter Zuber	62
Tödliche, gefährliche und menschenunwürdige Abschiebungspraktiken (Ulla Jelpke)	63
... auch in Niedersachsen werden Flüchtlinge gefesselt und verschnürt: Das Schicksal des Banta Sillah Pandi et al.: Hauptsache abschieben - egal wohin (Karin Loos)	66

BGS / Grenzregime

Deutsche Flughäfen sind für Flüchtlinge „Zonen des Elends“ (PRO ASYL)	61
BGS: Grenzsicherung nach Osten soll verstärkt werden (Paul Neumann)	65
Strafrechtlich relevantes Verhalten von BGS-Beamten (Antwort der Bundesregierung)	65
BMI: „Einsatz der Grenzsicherheitskräfte“	66

Rest-Jugoslawien

Rückführungsabkommen: Erste Abschiebungen drohen (Kai Weber)	67
Neues Staatsbürgerschaftsrecht schafft für Millionen Unsicherheit (Vesna Peric-Zimonjic)	67

Bosnien

Frieden in Bosnien? – Kriegsflüchtlinge raus?! (Andreas Zumach in Cuxhaven)	69
Landkreis Northeim lockt mit Rückkehrprämie	70
Resolution des Kreistages Göttingen	70
Raphaels-Werk: Weiterwanderungsmöglichkeiten	71

Bosnien (Fortsetzung)

IOM fördert freiwillige Rückkehr	72
Kein Asyl für bosnische Muslime (Vera Gaserow)	72
Neue Frist für bosnische Flüchtlinge (Vera Gaserow)	73
Vorschlag des Nds. Innenministeriums: Sachleistungen für Bürgerkriegsflüchtlinge.....	73

Asylverfahren

Asylrecht: Folteropfer sind schutzlos (RAV)	59
UNICEF: Asylverfahren für Kinder gerügt.....	61
Rassismus beim Bundesamt? Dienstaufsichts- beschwerde des Janusz-Korczak-Vereins Hannover.....	61

Urteile und Entscheidungen

BVerfG: Jede Asylbeschwerde eine Sensation (Christian Rath)	60
BVerfG / Libanon: Gesundheitsgefahr als Abschiebungshindernis	74
Bundesamt/ Afghanistan: Abschiebungshindernis „mangelndes Existenzminimum“	74
VG Berlin/ Kosova: Recht auf neues Verfahren bei Verweigerung der Wiedereinreise.....	74
VG Stade, VG Lüneburg/ Kosova: Gruppenverfolgung von Kosovo-Albanern	74
VG Hannover/ Elfenbeinküste: Mögliche Gefährdung bei Abschiebung	74
VG Wiesbaden/ Somalia: Keine Abschiebung, da kein Staat existiert.....	75
BVerfG: Auch ein nichteheliche Vater kann sich auf den Schutz des Art. 6 GG berufen.....	76

Beratung, Sozialleistungen, Unterbringung

Ausländer-Beratung im Spannungsfeld von interkultureller Kompetenz und staatsbürgerlicher Integration (Walter Koch)	77
Unabhängige Beratung in den ZASTen nur noch für privilegierte Flüchtlinge? (Kai Weber)	78
Belegung der GU der ZAST Lüneburg - oder: Legaler Menschenhandel zur Arbeitsplatz- sicherung von Landesbediensteten (Kai Weber).....	79
Dokumentation: MI: Belegung der GU der ZAST Lüneburg	80
Protokoll über eine Dienstbesprechung im MI	80
Landesregierung plant Pauschalierung von Leistungen an die Kommunen auf niedrigstem Niveau (Kai Weber)	81
Flüchtlingsrat fordert Einsparungen durch Verzicht auf Sammellager	82
Ärzte – Ausführungsgehilfen rassistischer Politik (Erdem Anvari)	83
AsylbLG: Landkreis Wesermarsch will keine Gutscheine für Asylbewerber	84
Beitrag des Flüchtlingsrats auf dem Nds. Sozial- gipfel am 14.08. in Hannover (George Hartwig)	84
Dokumentation: Niedersächsische Erklärung „Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“	85
Ausländerkommission: Protokoll der 14. Sitzung vom 19. August 1996 (Erdem Anvari).....	86

In eigener Sache

Impressum	2
Editorial, Abo- und Mitgliederformular.....	3
Seminar für „Freiwillige“ in der Flüchtlingsarbeit.....	87
Literatur-/Seminar-Liste.....	88

6-seitige Anlage:

**Ökumenischer Vorbereitungsausschuß zur Woche der
ausländischen Mitbürger und DGB Bundesvorstand:**

Miteinander für Gerechtigkeit - Für ein neues Ausländerrecht

Editorial

Im Folgenden möchten wir Euch / Ihnen zunächst ein paar orientierende Hinweise zum vorliegenden Rundbrief geben.

Im ersten Teil finden sich unter der Rubrik „zur Diskussion gestellt“ einige grundlegende theoretische Texte.

Dita Vogel wirft in ihrem Text die Frage auf, warum die ökonomische Dimension der Flüchtlingszuwanderung in der wissenschaftlichen Diskussion so unterbelichtet ist. Wir halten die Frage für berechtigt. Allerdings halten wir die von der Autorin vorgenommene „Operationalisierung“, es gehe darum, „mit einer gegebenen Budgetsumme möglichst vielen Flüchtlingen zu einem Existenzminimum und Schutz vor gewalttätigen Übergriffen“ zu verhelfen, schon im Ansatz für verfehlt: Flüchtlingspolitik als „tragische Wahlhandlung“ zu analysieren, mithin als Dilemma, „nicht allen helfen zu können“, läuft u.E. darauf hinaus, bestehende Macht- und Abhängigkeitsstrukturen sowie die vielfältigen Überdeterminationen der Flüchtlingsaufnahme und der Flüchtlingsbekämpfung durch Interessen auszublenden, die sich eben nicht (nur) „humanitär“ begründen und nur sehr bedingt ökonomisch operationalisieren lassen.

Dennoch kommt die Autorin zu einigen interessanten Beobachtungen und Hinweisen, z.B. indem sie die Unaufrichtigkeit einer Politik analysiert, die Flüchtlingen Gefahren zumutet, welche Deutschen nicht zugemutet werden, und die dann alles daran setzt, die Entscheidungsprozesse intransparent zu halten, von einer moralischen Bewertung abzukoppeln und so eine „barmherzige Verschleierung“ (Gäfigen) zu betreiben.

Norbert Cyrus schildert am Beispiel der irregulären polnischen ZuwanderInnen in Berlin die Schwierigkeiten und Risiken „heimlicher Menschen“, um daran anschließend politische Forderungen abzuleiten. Bezüglich der ökonomischen Auswirkungen der Illegalisierung von MigrantInnen kommt Cyrus zu dem Ergebnis, daß „die Arbeits- und Lohnbedingungen, die zunächst bei der Beschäftigung irregulärer und später legalisierter WanderarbeiterInnen durchgesetzt wurden, nun den Standard auch für inländische Arbeitskräfte setzen“. Er stellt fest, daß durch die Kriminalisierung der WanderarbeiterInnen Schwarzarbeit nicht verhindert werden kann, und stellt Forderungen für irreguläre ZuwanderInnen:

- Entkriminalisierung und Anspruch auf allgemeinverbindliche Tariflöhne
- Konsequente Ent-Illegalisierung der Aufenthalte
- Recht auf körperliche Unversehrtheit und Gesundheit
- Einführung einer „generellen Härteklausele“ als erster Schritt

Wolfgang Ullmann kommt in seinem Aufsatz zu sehr interessanten Forderungen bezüglich der Etablierung einer „Unionsbürgerschaft“. Er kommt zu der Feststellung, daß „die Immigration ein staatenübergreifendes Problem ist und darum als solches behandelt werden muß.“ Weiter:

„Wir müssen die beinahe grotesk zu nennende Situation konstatieren, daß im administrativen Bereich die Einsicht sich längst durchgesetzt und darum entsprechende Institutionen hat entstehen lassen.“

Karin Priester kritisiert in ihrem Aufsatz zum Thema „Rassismus und kulturelle Differenz“ die heute modisch gewordene Art und Weise, von Rassismus zu reden:

„Der Begriff Rassismus scheint heute zu einem Passepartout geworden zu sein, unter dem scheinbar jede Benachteiligung des „anderen“ subsumiert werden kann, Antirassismus gleichzeitig aber zu einer moralischen Kategorie, die in der Ausweitung des

Begriffs ihren Gegner dann sowohl in Vorurteilen und schlechten Denkgewohnheiten, in Kapitalismus, Nationalismus und schließlich der gesamten Moderne sucht.“

Sie hält dagegen, daß Rassismus weder aus der Logik der materiellen Produktion noch aus der technologischen Entwicklung moderner Gesellschaften zu erklären oder gar deduktiv „abzuleiten“ ist und kein „endemisches Element kapitalistischer Herrschaft“, sondern eine spezifische Doktrin der Abwehr ihrer internationalisierenden, demokratisierenden und durch das Leistungsprinzip auch nivellierenden Konsequenzen darstellt.

Ausführlich wird von ihr die Tendenz kritisiert, Neu-Rechte Argumentationen als „qualitativ neu“ zu bewerten. Sie arbeitet die biologistischen Implikationen des „differenzialistischen Rassismus“ und des Ethnopluralismus heraus. Ihre Schlußfolgerung: „Anti-Rassismus schließt alle liberalen und demokratischen Kräfte ein, denen am Abbau von hierarchischen Strukturen gelegen ist.“

Im 2. Teil dieses Rundbriefs dokumentieren wir die uns wichtig erscheinenden Entwicklungen in der Flüchtlingspolitik.

Unter der Überschrift „**Rassismus**“ werden zunächst Texte und Erklärungen zu den vielen Merkwürdigkeiten im Verfahren gegen Safwan Eid wiedergegeben. Daran schließt ein Artikel über einen unglaublichen Polizeiüberfall auf einen Kurden an.

Der nächste Abschnitt widmet sich der Verfolgung von **Kurden/innen** und kurdischen Organisationen in der Türkei. Ein besonderes Augenmerk möchten wir auf den Bericht über die Verfolgung der HADEP-Mitglieder und hier insbesondere von Kudret Gözütok richten, die vor einem Jahr in über zehn niedersächsischen Städten Referate zur Situation der Menschenrechte in der Türkei gehalten hat. Im Interesse einer kritischen Solidarität mit den verfolgten Kurden/innen sei auf den Text von Udo Wolter („Das gute Volk im wilden Kurdistan“) im ersten Abschnitt verwiesen, in dem der Autor „Mystifizierungen eines Befreiungskampfes“ aufs Korn nimmt.

Eines der Hauptthemen dieses Rundbriefes ist sodann der **Kampf der 22 nigerianischen Flüchtlinge im hannoverschen Kirchenasyl** gegen ihre Abschiebung. Mit ihrem Hungerstreik und ihrer Öffentlichkeitsarbeit haben sie die Menschenrechtsverletzungen in Nigeria und die Ignoranz, mit denen sich deutsche Behörden und Gerichte darüber hinwegsetzen, bundesweit in die Schlagzeilen gebracht. Zusammen mit den Betroffenen engagiert sich eine aktive Unterstützergruppe dafür, daß die Frage eines Abschiebungsstopps für Nigeria auf die Tagesordnung der nächsten Innenministerkonferenz am 19.09.96 in Bonn gesetzt wird.

Ein weiteres Thema ist die drohende Abschiebung von tami-

lischen Flüchtlingen nach **Sri Lanka**. Mit Hungerstreiks konnten tamilische Flüchtlingsgruppen aus Stade und Goslar einen befristeten Abschiebungsstopp bis Ende August erkämpfen (s. Rundbrief 35/96). Wir dokumentieren unabhängige Gutachten sowie eine Stellungnahme des MI zur aktuellen Lage.

Unter der Überschrift „**Bleiberechtsregelungen**“ wird zunächst die - vom nds. Innenministerium gedeckte! - Praxis des LK Nienburg kritisiert, Flüchtlingen mit Bleiberecht nach der Regelung von 1990 nunmehr wegen „Sozialhilfebezugs“ die Aufenthaltsbefugnis nicht zu verlängern. Darüber hinaus dokumentieren wir Vorschläge des Flüchtlingsrats und von RA Neuhoff, angesichts der ermühten Zahl von begünstigten Flüchtlingen die Bleiberechtsregelung vom Frühjahr dieses Jahres zu erweitern.

Im Kapitel „**Heirat / Paßbeschaffung**“ dokumentieren wir erfreulichere Stellungnahmen des MI zur Frage der Zumutbarkeit einer Paßbeschaffung zwecks Heirat im laufenden Verfahren sowie zur Aussetzung von Abschiebungen bei bevorstehender Heirat. Weiterhin berichten wir über den Streit in der nds. Landesregierung über die Zulässigkeit einer Zwangsvorführung von abgelehnten Flüchtlingen sowie über weitere fragwürdige Praxen bei der Übermittlung der Daten von Flüchtlingen.

Die Rubrik „**Schiebung und Abschiebung**“ im Anschluß daran enthält ein Sammelsurium von Fallbeispielen, Berichten und kritischen Stellungnahmen zur alltäglichen, traurigen Realität eines menschenverachtenden Umgangs mit Menschen, die inhaftiert und/oder abgeschoben werden.

Ein eigenes Kapitel widmen wir erneut dem „**Grenzregime**“ des BGS, der - weitgehend ohne demokratische Kontrolle - Technik und manpower in kaum mehr vorstellbarer Größenordnung an der deutschen Ostgrenze gegen Flüchtlinge in Stellung bringt.

Zum Thema „**Rest-Jugoslawien**“ berichten wir zum einen über den aktuellen Stand der Verhandlungen über ein Abschiebungsabkommen, zum anderen über Details zum neuen jugoslawischen Staatsangehörigkeitsrecht.

In der anschließenden Rubrik geht es um **Bosnien**: Wir berichten über einen Vortrag, den Andreas Zumach in Cuxhaven über die Implikationen des Daytoner Abkommens hielt, und dokumentieren weitere Meldungen im Kontext der andauernden Diskussion um die Frage, wer wie lange bleiben darf und welche Rück- bzw. Weiterwanderungsmöglichkeiten bestehen. Besondere Beachtung verdient das skandalöse Urteil des Bundesverwaltungsgerichts sowie ein Schreiben des nds. MI an Herrn Kanther, aus dem hervorgeht, daß Niedersachsen bosnischen Flüchtlingen offenbar auch noch die Sozialhilfe kürzen will.

Die Beiträge unter dem Stichwort „**Asylverfahren**“ behandeln Mängel bei der Anhörung durch das Bundesamt.

Beitrittserklärung/Abonnement

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zum „Förderverein Niedersächsischer Flüchtlingsrat e.V.“
Die Satzung habe ich zur Kenntnis genommen und erkenne sie an. Das Abonnement des Flüchtlingsrat-Rundbriefs ist in dem Vereinsbeitrag enthalten (Mindestbeitrag: 10,-DM pro Monat für Einzelpersonen und Initiativgruppen, Organisationen usw. und 5,-DM für Erwerbslose)

Hiermit abonniere ich den Flüchtlingsrat-Rundbrief zum Preis von 120,- DM pro Jahr

Name Straße

Plz/ Ort Tel Fax

Datum/Unterschrift Organisation

Ich möchte meinen Beitrag wie folgt begleichen:

auf Rechnung

durch Einzugsermächtigung: Ich/Wir ermächtige/n Sie - bis auf Widerruf - , den Mitgliedsbeitrag in Höhe von

vierteljährlich/jährlich DM von meinen Konto Nr abzubuchen

Geldinstitut BLZ

Datum/Unterschrift

Bitte senden an: Förderverein Niedersächsischer Flüchtlingsrat e.V. - Lessingstr.1 - 31135 Hildesheim, Fax 05121 - 3161